

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

29.8.1923 (No. 199)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B. Rebakker
Carl Aug.
Seyfried,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für August 850 000 M. — Einzelnummer 100 000 M. — Anzeigengebühr: 40 000 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite.

Die Tarifpolitik der Reichsbahn

Die Einführung von „Wertbeständigen Gütertarifen“ bei der Reichsbahn ab 20. August und die Bekanntgabe der ersten Schlüsselzahl von 1,2 Millionen (insgesamt ist eine weitere Erhöhung erfolgt), mit dem die Grund- (Friedens-) Tarife verhältnismäßig werden müssen, um den zu zahlenden Frachtbetrag zu ergeben, hat die Frage aufgeworfen, ob diese Schlüsselzahl, die hinsichtlich der Bewertung der Raaf einem Dollarlande von 5 Millionen entspricht, gerechtfertigt sei.

Bei dieser Fragestellung wird jedoch, wie der Herr Reichsverkehrsminister im Haushaltsausschuß des Reichstags darlegte, nicht berücksichtigt, daß der größte Teil der Stoffe, die die Selbstkosten der Reichsbahn ausmachen, den heutigen Dollarstand und damit den Weltmarktpreis bereits weit überschritten haben.

Für westfälische Zettelmüller, die zu Friedenszeiten die Tonne 12—18 Mark kostete, bezahlte die Reichsbahn heute 31 Millionen Mark, d. h. das 2 1/2 Millionenfache. Bei englischer Lokomotivlohe betragen die Aufwendungen bei einem Stande des Pfundes von 12,4 Millionen immer noch das 2 Millionenfache.

Table with 4 columns: Station class (A, D, F), Distance (100, 300, 500, 1000 km), and Freight rates.

Demnach machen die Frachten bei Beförderung auf große Entfernungen auch nach dem 20. August einen verhältnismäßig geringen Teil des Preises aus. Aber auch auf die Nahentfernung der Kostenanteil der Fracht am derzeitigen Gesamtpreis bei den meisten Gütern geringer als er 1914 war.

Es ist zwar richtig, daß die Preise durch die Frachterhöhung beeinflusst werden. Aber der Anstieg der Preisstränge liegt nicht bei der Eisenbahn; diese folgt vielmals immer erst nach, auch in den letzten Monaten.

Gegenüber Anfang März hat die Reichsbahn die Frachten bis Mitte August nur um das 10fache erhöht, nachdem sie bis 1. Juni die Februarfrachten unverändert aufrecht erhalten hatte. Trotzdem war bis Mitte August der Großhandelsindex auf das 100fache, der Kohlenpreis sogar auf das 190fache des Märzstandes gestiegen.

Die neuen Eisenbahn- u. Posttarife

Der Reichsverkehrsminister hat unter Zustimmung des Reichskabinetts vom 1. September ab die Schlüsselzahl im Personenverkehr von 150 000 auf 600 000, im Güterverkehr von 1,2 auf 1,8 Mill. hinaufgesetzt. Gleichzeitig werden Ausnahmetarife für Obst und Gemüse eingeführt. Kartoffeln werden heute schon zu einem Fünftel des normalen Tarifs, also weit unter den Selbstkosten, gefahren.

Auf 1. September werden nach dem kürzlich vom Reichstag beschlossenen Gesetz die Postgebühren auf wertbeständige Grundlaine gestellt. Die Postverwaltung hat für diesen Zeitpunkt den Multiplikator auf 750 000 festgesetzt.

Der Inhalt der belgischen Note

Die belgische Antwortnote an England, die nun veröffentlicht wird, schließt u. a. neue Verhandlungen der alliierten Ministerpräsidenten vor, wobei darauf hinzuweisen ist, daß die englische Presse, der dies schon bekannt war, sich wenig davon beschränkt, den ganzen Komplex der Reparationsfragen von neuem zum so und sovielen Male aufzurollen.

Politische Neuigkeiten

Die Lage der Länder und Gemeinden

Am Montag fanden im Reichsfinanzministerium zu Berlin mit den Vertretern der Landesregierungen, des Deutschen Städtebundes, des Reichsstadtebundes und des Landgemeindeförderungsbundes Verhandlungen über die Frage statt, wie der finanziellen Notlage der Länder und Gemeinden abgeholfen werden kann.

Die Goldsteuer der Landwirtschaft

Nach dem Gesetz über die Besteuerung der Betriebe haben die landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe für die Monate September 1923 bis einschließlich Februar 1924 eine am ersten jeden Monats, zuerst also am 1. September, fällig werdende Abgabe zu entrichten.

Zum Konflikt in der Reichsbank

In der Angelegenheit der Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden der Reichsbank, Großmann, hat das Reichsbankdirektorium das Feststellungsverfahren gegen Großmann beantragt. Der Streitfall kam am Dienstag vor der 2. Ferienkammer des III. Berliner Landgerichts zur Verhandlung.

Kurze Nachrichten

Preussisches Vorgehen gegen die Kommunisten. Der preussische Minister des Innern hat auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik den Zentralausschuß der Groß-Berliner Betriebsräte einschließlich seiner Leitung, des Vollzugsrats, und seines Unterbaus, nämlich der Werksausschüsse und Industriezweigenausschüsse für das preussische Staatsgebiet aufgelöst und verboten.

Grundlag der belgischen Priorität hat immer noch die feste Unterstützung Frankreichs. Die französische Regierung ist allerdings der Ansicht, daß eine große interalliierte Zusammenkunft nützlichweise erst dann einberufen werden kann, wenn alle alliierten Regierungen die Sicherheit erlangt haben, zu einer uneingeschränkten Verständigung und zu konkreten Lösungen zu kommen.

Zusammenfassend glaubt die belgische Regierung, daß zurzeit die Erörterungen hinreichend fortgeschritten seien, damit freundschaftliche und vertrauliche Verhandlungen zwischen den alliierten Ministern aufgenommen werden können. Die belgische Regierung betont schließlich noch einmal, welches Interesse Belgien an einer Lösung der Sicherheitsfrage habe. Solange die Sicherheit derjenigen Länder, in die im Kriege der Feind eingedrungen sei, nicht gewährleistet sei, werde es weder Ruhe noch Frieden geben, noch die Möglichkeit bestehen, die Rüstungen einzuschränken.

Kurze Nachrichten

Paris, 28. Aug. Sabas verbreitet folgende Mitteilung: Die belgische Antwort auf die englische Note, die bereits die vollkommene Billigung Poincarés erhalten hat, wird in den französischen politischen Kreisen sehr günstig aufgenommen. Man beglückwünscht sich zu dem Geiste enger Solidarität, den die belgische Regierung gegenüber der französischen Regierung zeigt, und man stellt mit lebhafter Genugtuung die vollkommene Übereinstimmung der Ansichten der beiden Regierungen in den Fragen, die die Gesetzmäßigkeit der Ruhrbesetzung, die Einstellung des passiven Widerstandes usw. betreffen, fest.

Das Urteil im Prozeß Dehne. Der Senat für Leipzig hat am Dienstag nach bläugiger Verhandlungsdauer den wegen Landesverrats und Spionage angeklagten Berliner Journalisten Walter Dehne unter Freisprechung von den meisten in der Anklageschrift gegen ihn erhobenen Anklagen zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten wurde aufgehoben, die Entlassung erfolgt sofort ohne Kaution. Der Senat hat in der Urteilsbegründung den Versuch des Landesverrats mit Spionage als erwiesen erachtet.

Aber eine Kabinettskrise in Mecklenburg-Schwerin wird berichtet: Die Leitung der Sozialdemokratischen Partei und die Vorstände der Gewerkschaften hatten von dem unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Ministerium verlangt, daß die für den vergangenen Sonntag angeordnete Weihe eines Regimentsdenkmals unterjagt werde. Das Staatsministerium lehnte diese Forderung ab. Die der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Minister Stelling und Hennike haben inzwischen ihre Portefeuilles zur Verfügung gestellt.

Die Buchhändlerkassensatz ist mit sofortiger Wirkung von einer Million auf 1,2 Millionen erhöht worden.

Das Memelstatut. Die litauische Regierung hat beschlossen, das vom Reichsterrat ausgearbeitete Statut für das Memelgebiet ohne Änderungen nicht zu unterzeichnen. Bekanntlich sieht das Statut für das Memelgebiet außer der Zusammenfassung des künftigen Memeler Saferats aus einem Polen, einem Litauer und einem Vertreter des Memelgebietes die Verachtung eines Streifens des Memeler Saferats an Polen für die Dauer von 99 Jahren vor und gewährt Polen den freien Transit auf dem Njemen und der litauischen Eisenbahn. Litauen will in einer Note an den Reichsterrat Abänderungsvorschläge machen.

Amerika für einen Weltfriedenskongreß? Die „Times“ besichtigt aus Washington, daß der verstorbenen Präsident Harding die Absicht gehabt habe, für 1924 eine Weltfriedenskonferenz einzuberufen. In amtlichen Kreisen wurde ausgedrückt, daß Präsident Coolidge, der von dem ersten Wunsch erfüllt sei, die Politik Hardings fortzusetzen, dieselbe Ansicht habe.

Badische Uebersicht

Der bad. Zentrumsführer Dr. Schofer zur Lage

Zum Todestage Erzbergers schreibt Abgeordneter Dr. Schofer in der „Freiburger Tagespost“ u. a.:

„Seit dem 26. August 1921 sind nun zwei Jahre verfloßen. Dem Mütoster am 11. August 1921 in den Schwarzwaldkannen folgte das vom Brunwald in Berlin. Haben die, welche diese Forderung auf ihrem Gewissen fühlen, dem Volk und Vaterland genügt? Das Land von heute steht in E. nicht außer Zusammenhang mit diesen niederrachtigen Mordtaten. Trotzdem man dieser Auffassung im Grunde kaum wird widersprechen können, soll scheinbar politische Gewerbe der Wortsche weiter sein. Wer wird so das nächste Opfer sein müssen? Die zhe geht nun gegen die eben erst gebildete Regierung in Berlin, speziell gegen Stresemann. Diesmal ist es keiner aus unsern Reihen; aber gerade darum kann es unsereiner um so lauter und bestimmter sagen: Jetzt gilt es für die Presse, die Freunde und Anhänger der Regierungsparteien, zusammenzufassen und die Rede niederzuhalten, bevor sie wieder eine Mordatmosphäre zu erzeugen in der Lage ist. Die berufenen Führer werden sich über die Organisation dieser Abwehr Klar werden müssen und das so frühzeitig, daß sie nicht zu spät kommt. Das Zentrum soll man dabei auf seinem Posten finden!

Das Erste, das die neue Regierung angetreten hat und die Aufgaben, die ihr gestellt sind, zeigen wirklich nicht zum Reide. Die Fragen müssen jedoch gelöst werden! Würde Erzberger heute noch unter uns sein, dann würde er sicherlich ausprechen: Stattet die Regierung mit Vollmachten aus, und dann soll sie jandeln! Vor allem müssen wir in der Währungsfrage wieder eine einigermassen feste Basis gewinnen, müssen wir die Ernährung des Volkes sicherstellen! Dazu genügen aber die entsprechenden Regierungsmahnahmen allein nicht! Ihnen muß auch der Opferwille im Volke entsprechen! Wer will, daß das Vaterland vor dem tiefsten Abgrund, vor der Vernichtung, bewahrt werden soll, der muß wohl auch zum Opfer „aus der Substanz“ sich bereit finden. Wer dazu nicht bereit ist, soll sich nicht wundern, wenn eines Tages alles und alles verloren ist! Was heute noch möglich, gehört morgen vielleicht abermals zu den verpaßten, nie wiederkehrenden Gelegenheiten! Erzberger ist der Schöpfer des heutigen Steuersystems in seinen Grundlinien; er würde es aber ablehnen, die Verantwortung für das zu übernehmen, was daraus geworden ist. In seiner starken Hand hätte die deutsche Finanzpolitik sicherlich andere Wege eingeschlagen. Heute kann man in E. nur fordern: Weg mit dem gegenwärtigen Steuerwust. Er nützt nur denen, die sich zu drücken verstehen und — die Behörden dringen nicht mehr durch! Einige wenige große Steuern, und hier durchfahren! ...

Die badische Zentrumspartei veranstaltete anlässlich der zweiten Wiederkehr des Todestages Erzbergers am letzten Sonntag eine Trauerfeier in Bad Griesbach. Der „Badische Beobachter“ berichtet darüber: Am 10 Uhr begann in der Pfarrkirche zu Griesbach das Requiem für den Verstorbenen. Dann begaben sich die Teilnehmer nach der Alexanderkirche an die Stelle, wo Erzberger starb, woselbst, wie ja bekannt ist, ein Markt errichtet ist. Landtagsabg. Seubert legte einen Kranz nieder und hielt eine Gedächtnisrede. Er verlas einen Brief des Chefs der Zentrumsfaktion des badischen Landtags, des Prälaten Dr. Schofer, der wegen seines gesundheitlichen Zustandes und der schlechten Verkehrsverhältnisse am Erscheinen verhindert war. — Der Redner schilderte dann Erzbergers Leben und Sterben. Der schon mit 28 Jahren in den Reichstag gewählte Erzberger war einer der fähigsten Köpfe der Zentrumspartei. Wenn niemand mehr ein und aus wußte, er fand Rat. Schon im Jahre 1915 wandte er der Annexionspolitik, die damals in Deutschland getrieben wurde, als erster den Rücken. In seiner Kenntnis der Sachlage rief er auch von dem Beginn des U-Vorkrieges, der England in einigen Monaten aushungern sollte, dringend ab und trat energisch für den Frieden ein. Zum Abschluß des Waffenstillstandes hat er sich nicht gedrängt. Die Zentrumspartei hat die Revolution nicht gewollt, nachdem sie aber nicht mehr zu verhindern war, hat sie in richtiger Erkenntnis der Dinge sie aufgefangen und ist nicht tatenlos beiseite gestanden. Auch hier hat Erzberger führend eingegriffen. Besonders in religiösen Fragen machte er seinen Einfluß geltend. Mit der Revolution war es auch um die Macht der Militärpartei und der ihr nahestehenden Kreise geschehen. Hier hatte Erzberger seine grimmigsten Feinde. Sie taten alles, um ihn unmöglich zu machen. Die moralischen Urheber dieses Verbrechens sind in der deutschen und völkischen Presse zu suchen. Erzberger würde

es verstanden haben, durch seine Tatkraft und seine Beziehungen im In- und Ausland das Reparationsproblem einer Lösung entgegenzuführen. Den französischen Chauvinisten aber war der Nord an Erzberger Wasser auf ihre Mühlen, denn wenn Erzberger am Leben geblieben wäre, hätte es vielleicht Frankreich nicht wagen können, seine Pläne in dem Maße zu verwirklichen, wie es heute leider schon zu einem großen Teil geschehen ist. In der badischen Zentrumspartei hat Erzberger immer treue Kämpfer gefunden, mochten auch noch so viele an ihm irre werden. Mit einem Vaterunser für die Seltenheit des Verewigten fand die Feier ihren Abschluß.

Die Teuerung in Baden in der 4. Augustwoche

Die Landesindexziffer für die Lebenshaltungskosten (ohne Bekleidung) stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Landesamts vom 27. August auf 891 018,67 (1913/14 = 1). Die Teuerung gegenüber der Vorwoche (541 591,67) beträgt somit 64,5 Prozent.

Die polizeiliche Wucherbekämpfung

Freiburg, 27. Aug. Die Tätigkeit der Wucherabteilung des Bezirksamts hat sich infolge des Währungsgerfalls in den letzten drei Wochen außerordentlich gesteigert. Da der bisherige Beamtensatz die Überfülle der Arbeit nicht mehr bewältigen konnte, so mußte die Beamtensatz auf das Doppelte vermehrt werden. Wie sehr der Wucher zugenommen hat, geht daraus hervor, daß in den letzten drei Wochen 95 neue Wucherfälle aufgegriffen wurden.

Zur Strompreisfrage

Rebter Tage fand, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, in Karlsruhe eine Versammlung der Vertreter der vom Elektrizitätswerk Mittelbaden A.-G. versorgten Gemeinden statt. Es wurde daraufgelegt, daß durch die enorme Geldentwertung von der Direktion des Werkes erhebliche Anschaffungen in ultimativer Form zur Beschaffung der Mittel für die Fortführung des Betriebes gefordert werden mußten. Außerdem wurde nachgewiesen, daß der Einwand von Gemeinden, Summen, wie gefordert, in Zukunft von ihren Einwohnern unmöglich erheben zu können, völlig haltlos ist. Es habe z. B. eine Gemeinde ihre Juli-Stromrechnung mit 7 1/2 Millionen Mark bezahlen können; in der Vorkriegszeit würde dieselbe Gemeinde für die gleiche Strommenge den Wert von 388 Pfund Butter zu bezahlen gehabt haben, das bedeutet bei einem Preis von einer halben Million für das Pfund rund 194 Millionen, statt 7 1/2 Millionen Mark!

Nach eingehender Aussprache wurde u. a. beschlossen, daß die Gemeinden von ihren Abnehmern Grund- und Mindestbeträge erheben, wie dies von den meisten Elektrizitätswerken, besonders vom Badenwerk mit Genehmigung des Landtages erfolgt; ferner soll Sorge dafür getragen werden, daß in Zukunft als Höchstpreis pro Stunde der Wert von 12 Kraftkilowattstunden erhoben werde.

In diesem Zusammenhang dürften die Beschlüsse der außerordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes der Elektrizitätswerke Württembergs und Hohenzollerns von Interesse sein, die soeben in Stuttgart tagte. Es wurde dort zur Beweiltigung des Notstandes, in dem die Werke durch die fortwährenden Kohlenpreiserhöhungen geraten sind, beschlossen, die Strompreise auf eine wertfähige Grundlage zu bringen. Von einer Berechnung auf Grund der Notierung des Dollars soll bei der besonderen Art des Stromgeldeinzuges Abstand genommen werden, dagegen soll als Grundlage der Strompreisberechnung für sämtliche Elektrizitätswerke der jeweilige am Ende einer Verrechnungszeit gültige Kohlenpreis maßgebend sein. Als Höchststrompreis gilt bis auf weiteres der Wert von 9 Kilogramm Kohlen. Als Kraftstrompreis werden 70 bis 80 Prozent des so errechneten Höchstpreises festgesetzt. Im gleichen Verhältnis wie Licht- und Kraftkilowattstunden sollen auch die Licht- und Kraftpauschalen festgesetzt werden. In Zeiten rascher Geldentwertung kommen zu diesen Preisen noch Ausgleichszuschläge. Es wurde eine Kommission gewählt, die die Unterlagen für die Strompreisberechnung und die Preisberechnung selbst dauernd kontrollieren und weiter behandeln soll. Da sich die Elektrizitätswerke außer Stande sehen, mit den vorhandenen Mitteln Kohlen für den laufenden Bedarf oder gar einen Vorrat für den Winter einzukaufen, müssen sie von ihren Abnehmern oder der Regierung außerdem Vorkäufe zur Beschaffung von Betriebsmitteln verlangen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Mannheim, 28. Aug. Zum Gastwirtsstreik meldet die „Neue Badische Landeszeitung“: Die Bewegung des Gastwirts-gewerbes gegen die Getränkesteuer droht größeren Umfang anzunehmen. Nachdem der Freiburger Stadtrat die Einführung der Getränkesteuer gänzlich abgelehnt hat, sah sich die Karlsruher Gastwirtsvereinigung veranlaßt, in einem Schreiben an den dortigen Stadtrat darzulegen, daß sie gleichfalls gegen die Getränkesteuer protestiert, obwohl sie in Karlsruhe bereits beschloßen ist. Der Landesverband Baden des Gastwirts-gewerbes ist entschlossen, die Mannheimer Protestbewegung zu unterstützen, nötigenfalls auch durch Schließung der Restaurationsbetriebe. An die Spitzenverbände des Gastwirts-gewerbes im Reich sind entsprechende Anträge gestellt worden.

Mannheim, 28. Aug. Am Freitag, den 31. August, nachmittags von 3 bis 5 Uhr, findet für Inhaber des Brückenvisums wieder ein Austausch über die Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen statt. Auf dem Büro der Flüchtlingsfürsorge in Mannheim, R 5, liegt für Inhaber des Brückenvisums bis Freitag mitag 12 Uhr die Liste zum Eintragen auf.

DZ. Freiburg i. Br., 27. Aug. Der Stadtrat bewilligte zu den Wiederherstellungskosten das Alpenvereinshäute am Rauben Joch in Worarlberg dem deutsch-österreichischen Alpenverein Sektion Freiburg, einen Beitrag von 3 Millionen Mark.

DZ. Aus der Saar. Die Kartoffeln leiden unter der Trockenheit. Im allgemeinen haben sie gut angeht, sind aber noch verhältnismäßig klein. Unter der Trockenheit ist auch der zweite Futterertrag zurückgeblieben, dagegen hat die Getreideernte quantitativ sowie qualitativ ein gutes Ergebnis gehabt. Die Frucht ist dieses Jahr nicht beregnet. Die Trockenheit verhindert auch das Umpflügen, wodurch das nachkommende Saatgeschäft gleichfalls ungünstig beeinflusst wird.

Aus der Landeshauptstadt

Die gesetzliche Miete des Monats August 1923 beträgt für Karlsruhe-Stadt und Vorort Weierheim nach einem unverbindlichen Durchschnittssatz das Doppelte der Jahresgrundmiete. In dieser Zahl ist im Gegensatz zu früher veröffentlichten Berechnungen die Treppenhausbeleuchtung nicht mit

inbegriffen. Die am 1. September fällige Vorauszahlung auf die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 mit ein Siebentel vom 100fachen des gesamten Steuerjahres 1922, sowie die am 15. September fällige Vorauszahlung auf die Gemeindesteuer 1923 mit 3000 M. auf 100 M. Steuerwert ist in diesen Durchschnittssatz eingerechnet. Für die übrigen Vororte gehen diejenigen städtischen Gebühren ab, welche in den Vororten nicht zur Erhebung gelangen.

Städtisches Konzerthaus Heute (Mittwoch) ist infolge des großen Erfolges nochmals eine Wiederholung der Operette „Kajka, die Tänzerin“. Morgen (Donnerstag) abend gelangt die Operette „Die Verliebten“ von Künneke zur Wiedergabe. Die Verfasser des Stückes Hermann Haller und Woldemar haben dem Werk das bekannte Lustspiel „Komtey Guderl“ zugrunde gelegt und Künneke hat eine sehr feine, unterhaltende Musik dazu geschrieben. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Doree, Bernsdorf, Liebenstein und Steffler, sowie den Herren Bahm, Gerhards, Kubner, Schütt und Steidl. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffler; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mirl. „Verliebte Leute“ wird bis zum Schluß der Spielzeit, Sonntag, den 2. September, gegeben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen am 29. August vordorwärts

	29. August	Amst. Kurs vom 28. August
Holland . . .	2 750 000	2 483 750.—
Schweiz . . .	1 350 000	1 147 125.—
Belgien . . .	330 000	295 250.—
Italien . . .	310 000	276 310.—
London . . .	31—32 000 000	28 227 500.—
Paris . . .	400 000	363 090.—
Newyork . . .	7 000 000	6 284 000.—

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent.

Der neue Markkurs an den internationalen Börsen ist nach aus London vorliegenden Informationen auf neue große Abgaben von Markbeständen an den Börsen von London und Newyork zurückzuführen, wie auch die Londoner „Times“ in ihrem Börsenbericht vom Montag geschrieben hat. Da die Franzosen vom 1.—25. August im besetzten Gebiet nahezu vier Millionen Reichsmark beschlagnahmt haben, so kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß diese Beträge jetzt den Weg zu den Auslandsbörsen gefunden haben.

Der Goldfrankengegenwert im Postverkehr. Für die Woche vom 27. August bis 2. September ist der deutsche Gegenwert für den Goldfranken im Kasset-, Wertbrief- und Telegrammverkehr mit dem Ausland auf 1 200 000 M. (bisher 700 000 M.) festgesetzt worden.

Steuererleichterungen für den Tabakleinhandel. Durch ein Verordnungs des Reichsministeriums der Finanzen vom 24. August wird als Notmaßnahme zugelassen, daß Tabakwaren Kleinhandlcr aus Billigkeitsgründen Befreiung von der Verpflichtung zur Aufschlagsversteuerung gewährt wird, die an sich im Falle Überfremdung auf dem Steuerzeichen angebrachten Kleinverkaufspreises nach geschätzter Vorkaufs einzutreten hätte. Voraussetzungen der Steuerbegünstigung ist jedoch, daß der höhere Verkaufspreis durch die Entwertung des Geldes bedingt wird.

Rheinoldtsbau, Zigaretten- und Zigarettenvertrieb Baden-Baden. Die genannte Firma, die Niederlassungen in Rehl, Karlsruhe und Stuttgart hat, ist von dem bisherigen Inhaber Dr. Erich Batschart in andere Hände übergegangen und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden.

Aus der schweizerischen Schokoladenindustrie. Die schweizerische Schokoladenindustrie hat einen immer härteren Niedergang in der Zukunft aufzuweisen, was sich daraus erklärt, daß die die Schweiz größtenteils umgebenden Länder gegenüber der Schweiz eine niedrige Valuta haben. Die Hauptausfuhr ging aber gerade nach diesen Ländern. Der Preis ist aber auch in der Schweiz selbst infolge der Verteuerung der Milch und des Zuckers erheblich gestiegen. Auch Änderungen der Zolltarife verhindern die Ausfuhr.

Staatsanzeiger.

Er. C 6886.
Erfahrungen der Gemeinden und Grundeigentümer für Arbeiten der Vermessungsämter betr.

Auf Grund der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 12. Juli 1923, die Erfahrungen der Gemeinden und Grundeigentümern für die Arbeiten der Vermessungsämter betr. (G.M. S. 486), werden die Gebührensätze für die verpflichtigen Arbeiten der Vermessungsämter mit Wirkung vom 16. August d. J. wie folgt festgesetzt:

Zu § 1. Erfahrungsarbeiten der Gemeinden:	
Für jede Stunde Zeitaufwand	800 000 M.
bei Zimmerarbeiten am Dienstort	1 000 000 M.
im übrigen	

Zu § 2. Erfahrungsarbeiten der Grundeigentümer:	
Für jede Stunde Zeitaufwand	1 000 000 M.
bei Zimmerarbeiten am Dienstort	1 200 000 M.
im übrigen	

Karlsruhe, den 27. August 1923.
Wasser- und Straßenbauverwaltung.
A. A.: Gergt. Rapel.

Reichsbahnnotgeld.

Der Reichsverkehrsminister gibt Notgeldscheine über den Betrag von je einer Million Mark heraus, die von allen Kassen der deutschen Reichsbahn wie gesetzliche Zahlungsmittel anzunehmen und wieder zu Zahlungen zu verwenden sind. Auch die Reichsbankkassetten und die Postkastetten werden die Scheine als Zahlungsmittel annehmen. Sie haben folgende Merkmale:

Der Schein ist auf weißem Wasserzeichenpapier gedruckt und 74x130 Millimeter groß. Er trägt auf mattschwarzbuntem Untergrund mit silberstem Blumenmuster in dunkelbrauner Farbe innerhalb einer gerückelten Zierleiste folgenden Wortlaut in gotischer Schrift:

Deutsche Reichsbahn
Eine Million Mark

Darunter in schwarzer Frakturschrift der Vermerk:
Dieser Schein wird von allen Kassen der Deutschen Reichsbahn wie gesetzliche Zahlungsmittel in Zahlung genommen und bis zum 31. Oktober 1923 eingelöst.

Der Notgebührenentwurf der bahnanstaltlichen Bestattereien wird mit sofortiger Wirkung erhöht. Auskunft erteilen die Stationen.